

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgeschäft des Hauptzollamts Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 55 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrow, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischgräben, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: A. Kohlhammer

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterurteilen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Befreiung der Zeitung

Nr. 19

Bad Schandau Montag, den 24. Januar 1927

71. Jahrg.

## Für eilige Leser.

Die geplante restlose Stilllegung der Eisenbahnreparaturwerkstätte Halberstadt ist durch eine Kommission der Stadterhaltung im Wege der Verhandlung mit der Reichsbahngeneraldirektion in Berlin verhindert worden. Von den 750 Arbeitern der Werkstätten werden 450 weiterhin beschäftigt.

Der französische Finanzminister ist ermächtigt worden, in der Schweiz eine Eisenbahnleihe von 150 Millionen Schweizer Franken aufzunehmen. Die Laufzeit der siebenprozentigen Anleihe beträgt 25 Jahre.

Nach einer Meldung aus Paris hat das dortige Gericht die Klage der Kaiserin Jita gegen die Gebrüder Bienenfeld in Paris auf Herausgabe des österreichischen Kronschahes kostenpflichtig abgewiesen.

Zwischen der Türkei und der Sowjetregierung ist ein Abkommen getroffen worden über die Legung eines Kabels durch das Schwarze Meer. Das Kabel und die Maschinen sollen in Deutschland und England bestellt werden.

## Montenegro.

Von Dr. Alexander Szana-Wien.

Inmitten der schweren innerpolitischen Wirren Südslawiens taucht wieder die Nachricht auf, Montenegro, das kleine Land der schwarzen Berge, habe genug von der staatlichen Zusammengehörigkeit zu dem geeinigten Königreich der Serben-Kroaten-Slawen und wolle seine Unabhängigkeit wieder zurück erhalten. Jahrhundertlang stand das benachbarte Serbien unter türkischer Joch, jahrhundertlang erwarteten die serbischen Patrioten die Befreiung von dem kleinen bergigen Land, eingeklemmt zwischen der Adria, Albanien, Serbien, Dalmatien, unzugänglich und unzugänglich. Denn an den schwarzen Bergen brach auch die Macht der Janitscharen, und zu einer Zeit, wo die ganze Balkanhalbinsel, ein großer Teil Europas bis fast hinauf nach Wien unter dem Szepter des Halbmondes ächzte, konnte Jeta, wie Montenegro mit seinem alten Namen hieß, die volle Unabhängigkeit bewahren. Oft und oft kam es seit dem vierzehnten Jahrhundert zwischen Muselmanen und Serben zu blutigen Schlachten, in denen die gegen die Türken kämpfenden Christen, die gegen ihre Unterjochung kämpfenden Serben unterlegen wären, wenn nicht ein Häuflein unerschrockener Krieger heruntergestiegen wäre aus den Schluchten des Loocon und die Türken vertrieben hätte.

Der kriegerische Geist allein war es nicht, der Montenegro viel Ruhm und viel Ansehen verschafft hatte, auch die geschickte Politik seines Fürsten Nikita aus dem Hause Petrovic-Negus. Aus einem armen Geschlecht stammend, in einer kleinen Bauernhütte in Negus, auf dem Wege zwischen Cattaro und Cetinje zur Welt gekommen, verstand er es, sein kleines Land zu einem bedeutenden Faktor der europäischen Balkanpolitik zu machen. Glänzende Verbindungen zum Kaiser Franz Josef von Österreich, nicht minder gute Verbindungen zum Zarenhof ebneten ihm die dahin verschlossene Wege. Eine Tochter ist die gegenwärtige Königin Helena von Italien, eine andere Tochter russische Großfürstin. Wien gegen Petersburg, Petersburg gegen Wien, Wien und Petersburg gegen Rom — das war die Politik der Intrigue, der Erwerbung von Reich und Saß aller gegen alle, in der Nikita ein Meister war. Nicht nur Politiker, auch Geldmann wie kaum ein zweiter Monarch, kurzlebig über Nikita jahrelang Wize, die alle zeigten, wie der Fürst der schwarzen Berge die Kunst der Goldmacher verstanden hatte. Anlässlich der 50-Jahrfeier des unabhängigen montenegrinischen Fürstentums, im Jahre 1908, rief sich Nikita zum König von Montenegro aus, und von diesem Tage an genoss der junge König ein noch größeres Ansehen seitens Russland.

In den Verbund gegen die Türkei im Jahre 1911 trat auch Montenegro als vollberechtigter Partner ein, und bei dem kleinen Wächterhäuschen bei Tuzla, hart an der albanischen Grenze, wurde der erste Kanonenschuß im Balkankrieg abgefeuert, der innerhalb einiger weniger Monate die europäische Türkei zerstückelte. Genau so wenig wie sich Serbien, Bulgarien, Griechenland mit den Ergebnissen des Balkankrieges zufrieden gaben, konnte auch Nikita nicht das durchgehen, was er durchzusehen sich vorgenommen hatte. In blutigen Kämpfen wurden von Cetinje und von Nikita aus der kleine und der große Berg Tarabosch den Türken entrissen und Skutari befehzt, aber in dem Frieden zu London erhielt Montenegro doch nicht diese so hart erzwungene Grenze.

Im Weltkrieg an der Seite Serbiens verteidigte sich Montenegro zuerst heldenmütig. Aber der Loocon fiel doch, und die Kapitulation Montenegros war einer der großen Erfolge der Meerführung der Mittelmächte in Südosteuropa. Nikita hatte sein Land aufgegeben, war nach Italien und Frankreich geflüchtet, und so wurde denn nach der Beendigung des Weltkrieges die Dynastie Petrovic-Negus, König Nikita und sein Sohn, Kronprinz Danilo, des montenegrinischen Thrones für immer verlustig erklärt. In dem Freiheitstaumel, der in den Tagen der Oktober- und Novemberrevolution die südslawischen Balkanstaaten ergriff, hatte sich zuerst Kroatien-Slawonien von Ungarn losgesagt und einige Tage später auch die große Nationalversammlung zu Podgorica sich für die Vereinigung im jugoslawischen Königreich unter der Herrschaft König Peters aus dem Hause der Karageorgewitsch erklärt.

Montenegros Unabhängigkeit, die von den Türken nicht gebrochen werden konnte, fiel von allein, durch die Landesflucht des rechtmäßigen Königs erleichtert. Die zentralistische Regierung von Belgrad befriedigte aber die nationalen Wünsche der Montenegriner genau so wenig, wie sie die Aspirationen der Kroaten und der Slowenen befriedigt hatte und wie sie die

Muselmanen Bosniens und die Dalmatiner zufrieden stellte. Numerisch wohl schwach, geographisch weiter entlegen von dem Mittelpunkt der Balkanhalbinsel, mehr auf das Gebiet zwischen den schwarzen Bergen beschränkt, erfährt das Ausland von den Unabhängigkeitsbestrebungen der stolzen Montenegriner wenig oder selten. Die große Nähe zu Albanien, die scharfen Gegensätze zwischen Südslawien und Italien dürften vielleicht auch bei der Zuspitzung des montenegrinischen Konfliktes eine Rolle gespielt haben. König Nikita ist schon seit Jahren tot und Kronprinz Danilo in Vergessenheit geraten. Aber die Tochter Nikitas, Königin Helena, hat in ihrer alten Heimat sicherlich auch heute noch einen starken Anhang, und so erwarten die montenegrinischen Patrioten im Kampfe um die Wiedererlangung ihrer staatlichen Unabhängigkeit, diesmal nicht mehr

von Belgrad, sondern von Rom aus ihr Heil. Der Abschluss des italienisch-albanischen Vertrages zu Tirana, das starke Vordringen des italienischen Einflusses bis hinauf an die montenegrinische Grenze, die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den italienischen Häfen und dem einzigen montenegrinischen Hafen an der Adria, die wirtschaftliche Beherrschung des bedeutenden montenegrinisch-albanischen Marktes in Skutari, vielleicht auch illegitime Einflüsse einzelner italienischer Gruppen, die von Montenegro aus die Einheit Jugoslawiens gefährden wollen, sind alles solche Momente, die in einem Augenblick der Krise für Jugoslawien und für den Frieden auf dem Balkan eine wesentliche größere Gefahr bedeuten können, als dies heute von Mitteleuropa aus beurteilt und eingeschätzt werden kann.

## Die Versuche zur Kabinettsbildung

### Die Richtlinien des Zentrums.

Die jetzt schon mehr als fünfjährige Regierungskrise scheint — bei Regierungskrisen in Deutschland muß man sich immer etwas vorsichtig ausdrücken! — jetzt insofern in ein entscheidendes Stadium eingetreten zu sein, als man nicht mehr darüber verhandelt, ob diese oder jene Partei mitmacht, ob sie mit dieser oder jener Partei zusammengehen will, sondern: wo es ist, bei dem diese oder jene Partei mitmacht. Das Zentrum, das ja dabei seinen Parteivorstand Dr. Marx als den Verhandlungsführer, also als den vom Reichspräsidenten amtlich beauftragten Reichsanzwilerkandidaten stellt, hat auf dieser Bahn den ersten Schritt getan. Dr. Curtius war es ja nicht gelungen, die Parteien auf dem Boden des von ihm ausgearbeiteten Programms zu einigen. Das von der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei veröffentlichte Programm, das eigentlich eine Art Aufruf an die Zentrumswahlerschaft und an das ganze Volk darstellt, legt die Voraussetzungen und die Zielpunkte einer künftigen Regierungspolitik dar. Politisch geht das Zentrum von dem Satz aus, daß es für uns keine andere staatliche Wirklichkeit gibt als die der Deutschen Republik mit ihren Symbolen; auch für die fernere Zukunft sei sie der allein hoffnungsvolle Weg. Ziel ist, den Sinn der Verfassung zu hüten und zu entfalten. Die Deutsche Republik sei die neue Form des deutschen Volksgewisses, der sich immer wieder erneuern müsse aus dem Christentum, was besonders bei der Erziehung zum Ausdruck kommen müsse.

Einen besonderen Abschnitt widmet diese Zentrums-erklärung dann der jetzt so arg umstrittenen Reichswehr, ohne die es keine politische Hoheit des Staates gebe. Man will „gewisse Befürchtungen forträumen“, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienstbar sei. Die Rekrutierungsfrage solle in einer Form gelöst werden, die „den wahrhaft verfassungstreuen Eöhnen unseres Volkes den Zugang zu diesem Waffendienst ermöglicht“.

Das außenpolitische Programm des Zentrums ist bekannt: Versöhnungswille, lokale Mitarbeit im Völkerverbund im Interesse aller Nationen, wobei freilich das Wesen der Untertanen nicht leiden darf. „Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgemeinschaft“, daher ist nächstes Ziel die Entfernung der Besatzungstruppen. London, Locarno und Genf haben für uns internationale Verpflichtungen und „niemand, der ernsthaft zur Verantwortung schreiten will, darf es versäumen, diese unsere politischen Grundlinien anzuerkennen“. Zurückstellung des Machtgedankens auf allen Seiten könnte allein zu einem Geist europäischer Solidarität und damit zu einer friedlichen Entwicklung führen.

Das sozialpolitische Programm der Zentrumspartei, das in diesem Manifest nur gestreift war, hat noch in einem Nachtrag eine besondere Ausprägung gefunden, wobei ausgegangen wird von der Notwendigkeit, eine möglichst große Zahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in der Wirtschaft zu erhalten. Bei der Verteilung und Senkung der öffentlichen Abgaben muß auf eine Entlastung der wirtschaftlich Schwachen in allen Ständen gedrängt werden. Die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft unter gleichzeitiger Steigerung des Wohnungsbaues wird gefordert, aber mit dem Nachsatz, daß die Mietsteuerung durch entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter auszugleichen ist. Jeder Mietwucherer soll bekämpft werden. Wahrung der Interessen der Landwirtschaft, der Förderung ihrer Technik und eine entsprechende Handels- und Steuerpolitik, auch hier wieder unter besonderer Berücksichtigung der Kleinen und Schwachen, sei dringliche Pflicht des Staates. In den Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern sei eine wirkliche Anerkennung der Gleichstellung beider Teile Gebot der Stunde; daher Ausbau des Arbeitsschutzrechtes und Regelung der Arbeitszeit im Einklang mit den inter-

nationalen Vereinbarungen. In der Vorwirdung der Sozialversicherung erblickt die Zentrumspartei das unentbehrliche Mittel zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung; diese Bestrebungen, nicht zuletzt die Schaffung der Arbeitslosenversicherung müßten ergänzt werden durch internationale Abmachungen. Das größte Problem des Augenblicks, auch internationaler Art, sei die Frage der Arbeitslosigkeit; die Förderung und Verbesserung des Arbeitsnachweises, die Arbeitsbeschaffung und die geldliche Unterstützung müsse daher die vorrangigste Aufgabe unserer ganzen sozialpolitischen Tätigkeit sein.

Es wird nun Aufgabe der anderen Parteien, mit denen Dr. Marx in Verhandlungen steht, sein, zu diesem Programm in den allerersten Tagen Stellung zu nehmen; es sind Richtlinien, es liegt ein Rahmen, der hier vorgelegt wird. Ob es gelingen wird, ihn mit einem festen Inhalt zu erfüllen, kann natürlich erst die Zukunft ehren.

In deutschnationalen Kreisen wird betont, daß die Richtlinien, die das Zentrum als Basis für Verhandlungen ausgearbeitet hat, keinen Hindernisgrund für sachliche Zusammenarbeit bedeuten. Die Deutschnationalen haben einstweilen mit den Verhandlungen eine Kommission betraut, der neben dem Fraktionsführer, Grafen Westarp, die Abgeordneten Rippel, Wallraf und Goldacker angehören.

## Marx bei der Arbeit.

Dr. Marx nahm im Laufe des Sonnabend die Verhandlungen über die Regierungsbildung mit den Parteien auf. Zunächst hatte der Kanzler eine Aussprache mit den Reichsministern Dr. Stresemann und Dr. Brauns. Er empfing dann im Laufe des Nachmittags hintereinander die Abgeordneten Koch, Erkelenz und Dr. Haas von der Deutschen Demokratischen Partei, den Abgeordneten Prälaten Leicht von der Bayerischen Volkspartei und schließlich die Abgeordneten Graf Westarp und Wallraf von der Deutschnationalen Volkspartei. Die eingehenden Besprechungen mit den Parteiführern der verschiedenen Fraktionen werden am Montag fortgesetzt.

Der Vertreter der Bayerischen Volkspartei erklärte, die Partei werde sich an der Bildung der Regierung beteiligen. Mit den sozialdemokratischen Führern hat noch keine Fühlungnahme stattgefunden. Für den Sonntag war eine Fortsetzung der Besprechungen nicht vorgesehen.

Die demokratischen Abgeordneten erklärten dem Kanzler, daß die Annahme des Zentrumsmanifestes als Mindestprogramm die Vorbedingung aller weiteren Erörterungen sein müsse. Sie vertraten weiter den Standpunkt, daß diese Kundgebung des Zentrums, die ja an alle gerichtet ist, auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Stellungnahme vorgelegt werden müsse. Wenn dieses Mindestprogramm des Zentrums nicht angenommen würde, seien alle weiteren Verhandlungen ergebnislos.

Regierungserklärung im Reichstag am 3. Februar? Der Ältestenrat des Reichstages ist zum Montag, den 24. d. M., 12 Uhr einberufen worden, um die Geschäftslage des Reichstages zu besprechen. Bekanntlich will der Reichstag vom Mittwoch, den 26. Januar bis zum 2. Februar seine Sitzungen vertagen. Die Erklärung der neuen Reichsregierung wird daher voraussichtlich erst am 3. Februar erfolgen.

## Die Verhandlungskommission der Deutschnationalen.

Für die Regierungsverhandlungen mit Dr. Marx sind von deutschnationaler Seite die Abgeordneten Graf Westarp, Erzengel, Wallraf, Rippel, von Goldacker und der politische Beauftragte der Partei, Treviranus, bestimmt worden.